

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)



Auf Reformkurs

Innen- und aussenpolitisch steht die Schweiz vor grossen Herausforderungen. Die Frage, ob sie diesen auch offen und ideenreich begegnet, ist gestellt. Die FDP ist sich dieser Umbruchsituation bewusst. In drei wichtigen Bereichen hat sie den Beweis erbracht, dass sie konkrete Vorstellungen von der Gestaltung unserer Zukunft und Visionen hat.

Bei drei grossen nationalen Reformvorhaben stehen Freisinnige an vorderster Front: Ständerat Otto Schoch (AR) bei der Armee reform, Ständerat René Rhinow (BL) und Nationalrat Gilles Petitpierre (GE) bei der Regierungs- und Parlamentsreform. (Photo: Keystone)

AMK. Wird sich die Schweiz in einem neugestalteten Europa behaupten können? Wie wird sie ihre Identität wahren? Wie bewältigen die Bürgerinnen und Bürger die innenpolitisch entstandenen Zweifel, den sich bei manchen politischen Themen manifestierenden Generationenwechsel, die neu entstandenen sozialen Probleme unserer Zeit wie Drogen und Wohnungsnot, die ökologische Frage? Das Jubilä-

umsjahr wird die in den letzten zwei Jahren ausgebrochene Auseinandersetzung zusätzlich anregen. Und das ist gut so.

In dieser Diskussion sind besonders auch die Parteien gefordert.

Die FDP scheut den Leistungsausweis nicht. Freisinnige haben auf allen politischen Ebenen zukunftsweisende Arbeit geleistet. Eine Bilanz für die eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zieht Ständerat Riccardo Jagmetti ZH in diesem «Freisinn» auf den Seiten 10 und 11. Vor kurzem hat Ständerat Otto Schoch AR als Präsident der Arbeitsgruppe Armee reform überzeugende Vorschläge vorgestellt. Ein erstes Fazit finden Sie ebenfalls im vorliegenden «Freisinn» ab Seite 5.

Erinnert sei hier ferner an die Vorschläge zur Regierungs- und Parlamentsreform, die die Parlamentarier René Rhinow (BL) und Gilles Petitpierre (GE) eingereicht haben. □

Nationalratspräsident



Wer wollte da nicht gratulieren! In der Wintersession ist der Freisinnige Ulrich Bremi aus Zollikon ZH zum Nationalratspräsidenten und damit zum höchsten Schweizer für das Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft gewählt worden. Neben Ulrich Bremi hat ein zweiter Freisinniger Platz auf einem Präsidentenstuhl genommen: Im Ständerat wurde der Solothurner Max Affolter Vorsitzender. Über beide lesen Sie auf den Seiten 8 und 9. (Photo ruti)

Die Geschäftsleitung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, die freisinnige Fraktion, das Generalsekretariat und natürlich die Redaktion des «Freisinn» wünschen allen Leserinnen und Lesern besinnliche und erholsame Festtage und für das neue Jahr viel Befriedigung in ihrem privaten und politischen Leben.
Redaktion

An der Schwelle zur Klarheit des Chaos

Vielleicht schon zu Jahresanfang könnte es den Anschein haben, die Zeit und die Welt seien aus den Fugen geraten, das Chaos regiere. Beides wird sich wieder einrenken und die scheinbare Unordnung zu Neuem provozieren: Aspekte zum Jahreswechsel.

◊ Jacques Baumgartner

Gewiss ist, dass die Welt nicht mehr so sein wird, wie sie es bis anhin war. An der Schwelle zu 1992 wird dann 1991 besser aussehen, als es jetzt, am Anfang des Jahres 1991, aussieht.

An diesem Anfang steht ein Ultimatum des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Uno) an den Irak. Der Stichtag ist der 15. Januar. Bis dahin hat Saddam Hussein Zeit, einen Krieg abzuwenden, indem er seine Truppe aus Kuwait abzieht. Gewaltanwendung als Ultima ratio ist der letzte Versuch der Diplomatie, den irakischen Okkupanten und Geiselnahmer zum friedlichen Einlenken zu bewegen.

Extratour der Europäer

Der amerikanische Präsident, George Bush, hat letzte Verhandlungen angeboten. Grundlage ist dabei die Ultimatum-Resolution. Die Europäische Gemeinschaft (EG) will – im nachhinein – nicht nachstehen und eine Extratour fahren und ihrerseits mit dem Diktator verhandeln. Hussein reagierte prompt und die «Lage» richtig einschätzend. Er schlug einen Rückzug vor, sofern er ein Erdölfeld Kuwaits behalten kann.

Saddam Hussein wird auf jedes Zeichen einer Kompromissbereitschaft seiner Gegner eingehen, aber weiterhin lügen. Er muss versuchen, die Zeit zwischen dem Ablauf des Ultimatum und dem islamischen Ramadan zu meistern. Der heilige Fastenmonat beginnt Mitte März. Danach ist die Wüste wieder ein Glutofen für die aufmarschierten Armeen. Hinzu werden noch die Schwierigkeiten kommen, die mit der Anwesenheit Hunderttausender zur grossen Pilger-

fahrt versammelter Moslems in Saudiarabien verbunden sind. Übersteht Saddam Hussein diese Zeit, dann könnte er bis zur nächsten Runde fast gewonnen haben: Der Preis, den die freien Völker dann zu bezahlen haben werden, wird um ein Erhebliches höher liegen als noch Ende 1990.

Einzig funktionstfähige Grossmacht

Ob es den einen passt, den anderen nicht, gewiss wird 1991 auch sein, dass die Vereinigten Staaten die einzige funktionstfähige Grossmacht sind, und zwar militärisch wie auch wirtschaftlich: ungeachtet dessen, dass sie möglicherweise einer Rezession nicht gänzlich entrinnen können.

Solange der Ost-West-Gegensatz bestand, gab es Stellvertreterkriege der beiden Grossmächte. Aus gutem Grund scheuten aber die Sowjets und die Amerikaner eine direkte Konfrontation. Das hätte den Dritten Weltkrieg und wahrscheinlich den Untergang der Menschheit bedeutet. Sieger hätte es keine gegeben. Tunlichst hielten Moskau und Washington daher ihre Klientel in Schranken.

Heute aber sind die USA die verbliebene Grossmacht. Die Sowjetunion hat mit ihrem Zerfall zu kämpfen. Wird jedoch heute ein Saddam Hussein nicht in die Schranken gewiesen, so werden morgen andere mit Massenvernichtungswaffen ausgestattete Drittwelt-Tyrannen die Staatengemeinschaft bedrohen. Die Amerikaner sind am Golf, um einer solchen künftigen Entwicklung vorzubeugen.

Hunger im «europäischen Haus»

Westeuropa dürfte 1991 nicht wie es sich vorgestellt hatte

Wird heute ein Saddam Hussein nicht in die Schranken gewiesen, so werden morgen andere Tyrannen die Staatengemeinschaft bedrohen.

(Karikatur Andreas Töns)

zur Ruhe kommen. In «Wohnungen des europäischen Hauses» wird gehungert. Die Länder im Osten Europas, graduell unterschiedlich, brauchen dringend humanitäre Hilfe von aussen, und zwar noch mehr, als bisher geleistet wurde. Trifft diese nicht rasch ein, dann sind Bürgerkriege als Folge des Hungers wahrscheinlich. Ein weiteres Element potentieller Explosionen sind ethnische Konflikte, in der (Noch-)Sowjetunion, in Jugoslawien, in Rumänien und in Bulgarien.

Der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen rechnet 1991/92 mit bis zu 25 Millionen Ostflüchtlingen im «europäischen Haus». Diese Flüchtlingswelle wird eine der grössten Herausforderungen für die Westeuropäer seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sein.

Machtprobe in Moskau

1991 dürfte eine entscheidende Machtprobe zwischen dem sowjetischen Präsidenten, Michail Gorbatschew, und dem russischen Präsidenten, Boris Jelzin, sehen. Es ist fraglich, ob Gorbatschew diese ohne Schaden übersteht. Scheiden dürften sich letztlich die Gemüter über dem vorgeschlagenen neuen Vertrag über eine «Union der Souveränen So-



wjetrepubliken» (UdSSR). Die derzeitige Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beruht formal auf einem Unionsvertrag von 1922. Im Entwurf zum neuen Unionsvertrag wird die Eigenständigkeit der Sowjetrepubliken anerkannt, allerdings mit Einschränkungen:

Für die Republiken, die sich dem neuen Vertrag anschliessen, gilt der alte Unionsvertrag nicht mehr. Das heisst, Republiken, die ihn nicht unterzeichnen, bleiben an den alten gebunden. Die Republiken werden zwar als souveräne Staaten bezeichnet, aber die der Union souveräner föderativer Staaten übertragene Macht reicht von der Verteidigung, der Staatssicherheit und Aussenpolitik bis hin zur «Regulierung» der Aussenwirtschaftsbeziehungen.

Die Republiken sollen über ihr Land und ihre Bodenschätze gebieten, nicht aber über den staatlichen Besitz, «der zur Ausübung der Unionsvollmachten notwendig ist». Es bleibt beim alten, d. h., bis anhin verfügt die Zentralmacht in Moskau über den Grossteil des Wirtschaftspotentials der Republiken.

Das ist Zündstoff und auch, dass im Unterschied zum alten Vertrag das Recht der Republiken auf Austritt aus der Union nicht erwähnt wird. □

Janine Isler: eigenwillig, fröhlich, Präsidentin der «Frauen für Energie»

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die Wiedergeburt des gesunden Menschenverstandes.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die bald profimässig betriebene Selbsterfleischung via PUKs und ähnlichem. Wie schnell doch der Wohlstand das Vergessen fördert.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Interviews dieser Art!

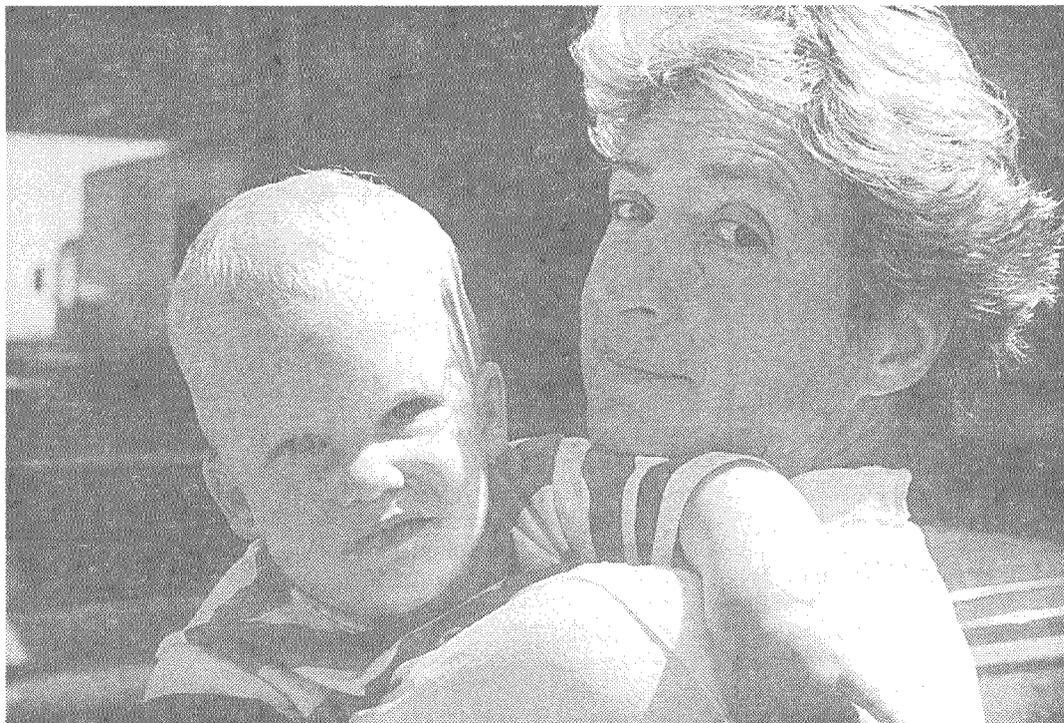
Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Viersprachigkeit und den damit zusammenhängenden «Charakter» der entsprechenden Regionen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die Angst vor Europa.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russels einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»



Janine Isler mit Enkel Nicolas: Ihrem eigenwilligen Wesen biete nur die FDP genügend Freiraum, meint die im privaten und politischen Leben aktive Frau.

Kommt drauf an, was unter Fortschritt verstanden wird.

Warum sind Sie bei der FDP?

Meinem etwas eigenwilligen Wesen bietet nur die FDP genügend Freiraum.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Gott bewahre! Da brauchten wir wohl eine Konkordanz-Jury, und die Preise würden ebenfalls in Konkordanz verteilen.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Mit grossem Wissen und gesundem Menschenverstand.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Der anatomische Unterschied.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Im Sternzeichen der Jungfrau geboren; alles nachzulesen in: «Astrologie sonnenklar» (von Linda Goodman).

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Die Leute von Seldwyla (von Gottfried Keller).

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich lache gern.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Eine Ballerina sein.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Nur keinen Personenkult, bitte! □

Kurzbiographie

Janine Isler

Zur Person: Aufgewachsen in den Kantonen Thurgau, Zürich und Schaffhausen. Muttersprache Französisch, verheiratet, vier Kinder, vier Enkelkinder. In der Arboner Trachtengruppe und im Ruderklub.

Alter: 53

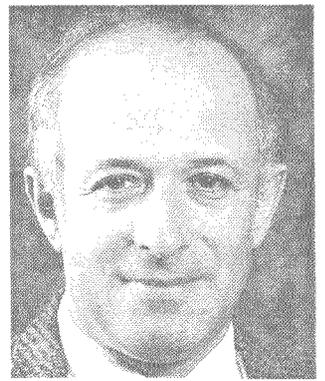
Berufliche Stationen: Medizinisch-hämatologische Laborantin. Mitarbeit in der ärztlichen Praxis des Ehemannes.

Politischer Werdegang: Nach 1971 Eintritt in die FDP. Ab 1972 mehrmals Kandidatin auf Gemeindeebene und für den Grossen Rat. 1980 Wahl in den Grossen Rat, 1982 bis 1988 Präsidentin der FDP-Lokalpartei. Seit 1989 Präsidentin der schweizerischen Vereinigung «Frauen für Energie».

Liebste Tätigkeit: Auf Langlaufskiern bei beginnender Dämmerung mutterseelenallein durch Feld und Wald gleiten. □



Plädoyer für ein kulturelles Fernsehen



Roy Oppenheim

Roy Oppenheim wurde 1940 geboren. Nach dem Erwerb des Sekundarlehrerpatents studierte er Geschichte, Kunstgeschichte und Publizistik und schloss als Dr. phil. ab. Anschließend besuchte er die Kunstgewerbeschule Zürich.

Von 1971 bis 1984 leitete Oppenheim das Ressort Kultur beim Fernsehen DRS, von 1984 bis 1987 die nationale Programmkoordination Radio und Fernsehen bei der Generaldirektion SRG in Bern. Von 1988 bis 1990 war er Stabschef der Generaldirektion SRG, bis er zum Direktor von Schweizer Radio International berufen wurde.

Oppenheim ist ausserdem u. a. Experte des Europarates für Kulturrfragen. Seit 1975 stellt er sein eigenes malerisches Schaffen regelmässig aus. Bei der FDP Schweiz ist Oppenheim Mitglied der Studiengruppe Medienpolitik, bei der Stadtberner FDP präsidiert er die Arbeitsgruppe Kultur. □

Beiträge zur Kommunikations- und Medienpolitik **Band 12**
Roy Oppenheim, Franz A. Zölch
(Herausgeber)



Krieg der Bilder

Von Roy Oppenheim

Verlag Sauerländer

Kultur im Zeitalter der elektronischen Medien: das ist das Thema, das der Medienkenner Roy Oppenheim in seinem Buch «Der Krieg der Bilder» (Aarau: Verlag Sauerländer 1990) kenntnisreich behandelt. Es ist tatsächlich an der Zeit, dass die Frage nach den kulturellen Aufgaben und Möglichkeiten des Fernsehens auch in der Schweiz gestellt wird. Roy Oppenheim, seit Jahren an vorderster Front tätig, Kunsthistoriker und selber Kunstschaffender, ist dafür wohl der ideale Autor. Sein Buch erfüllt

denn auch die Erwartungen, es ist leicht und flüssig geschrieben, voller gedanklicher Anregungen, die immer wieder durch Beispiele illustriert werden.

Die Buchgestaltung ist zudem originell: Die eingestreuten Karikaturen von Nico Cadsky betrachtet man durch kleine Fernsehfenster, die aus den Seiten herausgeschnitten sind.

Thesen

Oppenheim plädiert für ein kulturelles Fernsehen. Nach einer ausführlichen Reflexion des Kulturbegriffs befasst er sich mit den Wirkungen des Fernsehens auf die kulturellen Strukturen. Das Fernsehen verwischt Vergangenheit und Gegenwart, knüpft wieder an die Bildergeschichten früherer Epochen an, erschüttert traditionelle ethische Werte: so einige seiner Thesen.

Oppenheim ist dennoch kein Kulturpessimist. Für ihn stellen die elektronischen Medien «ungeahnte schöpferische Betätigungsfelder dar» (S. 39). Diese müssen aber – zumindest in der Schweiz – erst noch entdeckt werden. Kultursendungen am Fernsehen sollen nicht nur «für Kollegen, Betroffene oder Schlaflose»

(S. 65) gemacht werden, sondern einem breiten Publikum den Zugang zu Kultur ermöglichen. Oppenheim fordert einen Kulturumbau statt eines Kulturabbaus. Dass dies möglich ist, auch ohne dass Kultur zu einem blossen Spektakel verkommt, beweisen etwa die BBC oder der ORF.

Fernsehen DRS

Oppenheims Plädoyer überzeugt. Sein Ausgangspunkt ist der mündige Zuschauer von heute und morgen. Wenn man nun Zahlen betrachtet, die der ORF-Forschungsdienst 1989 bei einer Untersuchung von zehn deutschsprachigen Programmangeboten eruiert hat, muss das Zuschauerbild, das sich das Fernsehen DRS macht, zu denken geben: Laut Untersuchung steht das Fernsehen DRS in der Sparte «Quiz/Show» an zweiter Stelle. Hingegen belegt es in den Bereichen «E-Musik» und «unterhaltende Bildung» die fünfte Stelle, bei «Theater und Film» die siebte, bei Jugendprogrammen die achte Stelle. Unter der Rubrik «Kultur allgemein» ist Fernsehen DRS am Schwanz zu finden (S. 77).

AMK

Störfall Heimat – Störfall Schweiz

Fichenaffäre, Verlust an nationalem Konsens und an politischer Kultur, publizistisch-kulturelle Scharmützel um die Formen und Inhalte der Jubiläumsfeierlichkeiten zum 700jährigen Bestehen der Eidgenossenschaft, Auseinandersetzungen und Unsicherheiten um die Probleme eines Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und die Konsequenzen der Nichtzugehörigkeit zur EG 92 – Ereignisse, Entwicklungen, Perspektiven und vor allem auch Störfälle, deren Betrachtung die Frage nach der Einstellung der Schweizer zu ihrem Land und nach ihren Vorstellungen von Heimat aufwirft.

Diskussionsbasis

Im Hinblick auf diese Grundsatzdiskussion gilt es heute, nicht nur die richtigen Fragen zu stellen, sondern auch eine konsensuale Diskussionsbasis zu schaffen, auf der sich all jene treffen können, die von ihrer Funktion oder ihrem beruflichen Engagement her zur Identitätsfindung der Schweiz von morgen Substantielles beizutragen haben.

Persönlichkeiten

In diesem Sinne hat das Institut für angewandte Psychologie im Rahmen seines interdisziplinären Forums massgeb-

liche Persönlichkeiten aus Psychologie, Philosophie, Soziologie, Volkskunde, Politik, Militär und Journalismus zusammengebracht, die zu diesen Fragestellungen Wichtiges zu sagen haben.

Es sind dies der Psychologe Claus Dieter Eck, stv. Direktor des Instituts für angewandte Psychologie, der Schriftsteller und Volkskundler Sergius Gollowin, der Philosoph Hermann Lübke, Ordinarius für Philosophie und Politische Theorie an der Universität Zürich, der Soziologe Hans-Peter Meier-Dallach, der Publizist Peter Rippmann, ehemaliger Chefredaktor des «Schweizerischen Beobachters», der Hauptmann

Albert Widmer, Gründungsmitglied der Europäischen Kooperative Longo Mai und Mitglied der vom Bundesrat eingesetzten Armeereform-Gruppe, sowie Marco Solari, Delegierter des Bundesrats für die 700-Jahr-Feier der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Die Beiträge der einzelnen Autoren, zu lesen in: Störfall Heimat – Störfall Schweiz (Zürich 1990, Fr. 28.50), vermitteln dabei eine Fülle von Analysen, Ideen und Anregungen, die für die sich ankündigende Grundsatzdiskussion über die politische, gesellschaftliche und kulturelle Zukunft der Schweiz von Bedeutung sein werden. □

Bericht der Arbeitsgruppe Armeereform: Wie weiter?



Die Arbeitsgruppe Armeereform unter dem Präsidium von FDP-Ständerat Otto Schoch (Mitte, neben SP-Nationalrätin Francine Jeanprêtre, VD, und dem Ausbildungschef, Korpskommandant Rolf Binder) blickt zuversichtlich in die Zukunft: Sie glaubt an die Innovationsfähigkeit des EMD und der Armee. (Photocollage Keystone/AMK)

Es war keineswegs bloss eitle Selbstgefälligkeit, wenn die Mitglieder der Arbeitsgruppe Armeereform mit grosser Spannung der Reaktion der Öffentlichkeit auf die Vorlage des Reformberichtes entgegenblickten. Den Mitgliedern der Kommission geht es um die Sache: Je wohlwollender der Bericht durch Öffentlichkeit und Medien gewürdigt wird, um so grösser sind die Chancen, dass die darin enthaltenen Anträge und Empfehlungen bei den politischen und militärischen Verantwortungsträgern Gehör finden.

○ Ständerat Otto Schoch (AR)

Es ist also durchaus nicht ohne Belang, wie das Echo auf den Bericht ausfällt, und es rechtfertigt sich deshalb, zu dieser Frage heute eine Zwischenbilanz zu ziehen, auch wenn es ein heikles Unterfangen sein mag, kaum zwei Wochen nach der Präsentation des Berichtes bereits den Versuch zu wagen, einen möglichst schlüssigen Überblick zu gewinnen.

Zustimmung

Einige rein tatbeständige Feststellungen können immerhin gemacht werden, und in diesem Zusammenhang ist in erster Linie auf die sehr zahlreichen Zuschriften hinzuweisen, die verschiedenen Kommissionsmitgliedern, vor allem aber dem Präsidenten der Arbeitsgruppe, zugegangen sind und deren Tenor von sachlicher Zustimmung bis hin zu

nahezu ungebremster Begeisterung reicht. Negative Äusserungen hielten sich demgegenüber in der bescheidenen Grössenordnung von weniger als zwei auf hundert. (Beachte: Wer sich mit dem Reformbericht schwer tut, müsste jetzt ohne Verzug zu Papier und Schreibmaschine greifen!)

Über Erwarten lebhaft ist die Nachfrage nach Berichtsexemplaren bei der EDMZ, und

wenn auch noch eine vorsichtig Wertung der Aufnahme in den Medien gewagt werden soll, dann darf festgestellt werden, dass die Beurteilungen sich irgendwo zwischen abwägend-wohlwollend und klar zustimmend bewegen.

Gute Chancen

Falls es zulässig ist, aus dieser ebenso provisorischen wie

Die jüngsten Entwicklungen im EMD zeigen auf, wie aktuell die Forderungen der Arbeitsgruppe Armee-reform sind: NZZ-Bundeshausredaktor Raul Lautenschütz verlangt im Zusammenhang mit der Beurlaubung des EMD-Informationsschefs Strasser dreierlei, nämlich:

**eine strukturelle Reorganisation der EMD-Spitze
eine Trennung der Stabsfunktion des Generalsekretärs EMD von Linienfunktionen im EMD
den raschen Aufbau eines zeitgemässen Informationsdienstes.**

(NZZ Nr. 289 vom 12. 12. 1990, Seite 22).

Diese Forderungen stimmen nahezu wörtlich überein mit Empfehlungen der Arbeitsgruppe Armee-reform (Bericht Randziffern 42, 44, 59).

summarischen Bilanz Schlüsse zu ziehen, dürfte wohl davon ausgegangen werden, dass die Chancen für die Realisierung der Anträge und Empfehlungen der Arbeitsgruppe gut sind. Zwar hat sich zunächst der Ausbildungschef der Armee, Kdt Binder – Auftraggeber der Arbeitsgruppe –, eine Frist von drei Monaten ausbedungen, um eine eigene Stellungnahme zum Bericht auszuarbeiten. In ersten Gesprächen einer Delegation der Arbeitsgruppe mit dem Chef des EMD, Bundesrat Kaspar Villiger, sind aber bereits Erwägungen darüber angestellt worden, wie später auf Departementsebene weiter vorgegangen werden soll. Entscheide sind noch nicht gefallen.

Tendenziell gehen die Überlegungen dahin, dass es unerwünscht wäre, in unkoordinierter Folge zahlreiche Einzelmassnahmen zu beschliessen. In jüngster Vergangenheit hat sich nämlich mehrfach gezeigt, dass die schrittweise Inkraftsetzung von Reformmassnahmen (Kopfbedeckung, Wochenendurlaube, Landsturm-kurse) eher zur Verunsicherung der Angehörigen der Armee beiträgt als Goodwill schafft. Es drängt sich daher auf, ein eigentliches Reformkonzept zu erarbeiten, in dessen Rahmen dann beispielsweise drei Pakete geschnürt werden könnten, nämlich ein Paket mit unverzüglich in Kraft zu setzenden Sofortmassnahmen, ein Hauptpaket sodann, das die zentralen Reformanliegen zu enthalten hätte, und schliesslich ein drittes Paket mit Reformen, die erst auf längere Sicht realisiert werden können.

Zuversicht

Wie immer auch in formaler Hinsicht vorgegangen wird: Gefragt ist rasches, entschlossenes Handeln mit dem Ziel, die Anträge und Empfehlungen der Arbeitsgruppe möglichst lückenlos umzusetzen. Die Verantwortlichen in der Armee und in der Eidgenössischen Militärverwaltung werden, daran zweifelt niemand, hart gefordert sein. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe glauben aber immer noch an die Innovationsfähigkeit des EMD und der Armee und blicken daher durchaus zuversichtlich in die Zukunft. □

Gentechnologie als Herausforderung



Über Chancen und Risiken der Gentechnologie informierte und diskutierte die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) an einer Tagung Anfang November in Bern. Ein erstes Resultat dieser Grundlagenarbeit ist in der «Politischen Rundschau» Nr. 1+2/1990 unter dem Titel «Gentechnologie als Herausforderung» erschienen. (Photo ruti)

Seit über drei Jahren befasste sich die FDP-Arbeitsgruppe «Fortpflanzungsmedizin/ Gentechnologie» unter der Leitung von Stéphanie Möriko-

fer-Zweiz, Kaiseraugst, mit den naturwissenschaftlichen, ethischen und juristischen Problemen in diesen Bereichen. «Die Politische Rundschau»

1+2/1990 veröffentlicht nun diese Arbeit unter dem Titel «Gentechnologie als Herausforderung». Zurzeit behandeln die eidgenössischen Räte die sogenannte «Beobachter»-Initiative, in der Juni-Session hat der Ständerat dazu einen Gegenentwurf verabschiedet. Auf politischer Ebene werden also entscheidende Weichen gestellt. Mit ihrer politischen Grundlagenarbeit hat sich die FDP der Herausforderung gestellt. Informieren Sie sich, helfen Sie mit, die Diskussion zu versachlichen, damit wir in der Schweiz zu einer vernünftigen Gesetzgebung gelangen!



Ich bestelle

- Ex. Politische Rundschau Nr. 1+2/1990: «Gentechnologie als Herausforderung» (34 Seiten) zum Preis von je Fr. 5.–.

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Talon einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

«Es muss jetzt etwas passieren»

Interview:
Markus Hächler

FDP-Ständerat Otto Schoch (AR), Vorsitzender der Arbeitsgruppe Armeereform, ist überzeugt, dass der neue Reformanlauf nicht wie der letzte vor zwanzig Jahren im Sande verlaufen wird. Sein Hauptargument: «Das Umfeld hat sich total verändert.» Aus der Bevölkerung sind rund 750 Eingaben zur Armeereform erhalten. Ist davon etwas in die Vorschläge der Arbeitsgruppe eingeflossen?

Otto Schoch: «Wir haben die Briefe sorgfältig evaluiert, die französischsprachigen sogar auf wissenschaftlicher Basis durch eine Equipe des soziologischen Instituts der Universität Genf. Dabei stellte sich heraus, dass sehr viele dieser Forderungen bei uns ohnehin schon diskutiert wurden. Auf eine kleine Anzahl konnten wir nicht eingehen, weil sie bedeutungslos oder abstrus waren.»

Ihr Bericht legt das Hauptgewicht auf eine Verbesserung des psychologischen Umfelds auf der Stufe Wehrmann und wagt sich an jahrzehntealte Überlieferungen. Sie wecken damit Hoffnungen. Was geschieht, wenn diese nicht eingelöst werden können?

Otto Schoch: «Dieses Szenario möchte ich gar nicht prüfen. Es muss jetzt etwas passieren, und zwar ungefähr das, was wir aufzeigen. Anders kann es nicht weitergehen.»

Unterschätzen Sie da nicht die beharrenden Kräfte? Die Reduktion der Schiessdienstpflicht beispielsweise könnte den Widerstand der Schützenvereine hervorrufen.

Otto Schoch: «Wir schlagen ja nicht die Abschaffung vor, obwohl darüber in der Arbeitsgruppe intensiv diskutiert wurde. Ich bin persönlich der Auffassung, dass die Schützenvereine mit dem von uns vorgeschlagenen Kompromiss mehr



FDP-Ständerat Otto Schoch (AR), Vorsitzender der Arbeitsgruppe Armeereform, will nicht, dass der Bericht «Armeereform» zum Papiertiger verkommt.

als zufrieden sein können, zumal ja finanzielle Ausfälle durch den Bund vergütet werden sollen. Sollte sich aber nach sorgfältiger Überprüfung herausstellen, dass das ausserdienstliche Schiessen keinen militärischen Nutzen mehr bringt, müsste man darauf verzichten. Schützenvereine hin oder her.»

Gemäss Ihrer Arbeitsgruppe soll die Sicherheitspolitik nicht mehr allein auf Grund militärischer Bedrohungen definiert werden. Der bun-

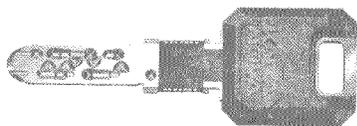
desrätliche Sicherheitsbericht spricht hier noch weitgehend eine andere Sprache. Glauben Sie an ein Umdenken?

Otto Schoch: «Wir glauben schon, dass ein umfassenderes Verständnis von Bedrohungslagen unsere künftige Konzeption sein muss. Dieses umfassendere Bedrohungsbild sollte dann eben mit den neuen Diensten – Katastrophendienst, Sozialdienst, Entwicklungshilfedienst usw. – aufgefangen werden. Man muss vor allem politisch in dieser Richtung wirken.»

Ihr Vorgänger Heinrich Oswald, Vater der schubladisierten «Oswald-Reform», vertritt heute die Auffassung, seine Kommission habe 1969/70 weitgehend eine Alibifunktion ausgeübt. Werden Sie dereinst dasselbe sagen müssen?

Otto Schoch: «Ich hoffe es nicht. Ich habe während der Kommissionsarbeit mit Herrn Oswald längere Aussprachen geführt, die für mich sehr konstruktiv waren. Ich fragte ihn auch, was er bezüglich Realisierung des Reformberichts heute anders machen würde. Diesen Überlegungen glauben wir Rechnung tragen zu können. Abgesehen davon hat sich natürlich das Umfeld gegenüber 1970 vollkommen verändert und verbessert. Das ist die ganz zentrale Voraussetzung.»

Verlieren heisst nicht verloren.



KABA NOVA: Bei Schlüsselverlust kann der Code selber umprogrammiert werden.



KABA STAR-Vario: Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:
Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/9316111, Fax 01/9316385

KABA®

Max Affolter, beharrlich, ehrlich, unabhängig, Ständeratspräsident

Wir sind zusammen in den Ständerat gekommen, Max Affolter und ich, im Jahr 1979. Max Affolter aus Olten war nicht nur der mir geographisch nächste freisinnige Ständerat, er steht mir auch persönlich nahe: Der Solothurner Freisinn, eine Volkspartei, entspricht weitgehend der Richtung, die ich gern im Berner Freisinn vertrete.

◉ **Ständerat Arthur Häsensberger (BE)**

Max Affolter hat sich im Ständerat sehr rasch Einfluss, Achtung und Anerkennung verschafft. Jeder muss sich hier seine Stellung selber schaffen: Niemand kann sich in diesem kleinen Gremium hinter einer Fraktion oder einer Parteimeinung verstecken. Es entspricht durchaus der Norm, dass man in elf Jahren Ratsangehörigkeit über hundert Spezialkommissionen angehört und in den meisten ständigen Kommissionen mitgewirkt hat. Das tat auch Max Affolter, mit einem weit überdurchschnittlichen Einfluss auf das Ergebnis der Beratungen.

Ich erwähne beispielsweise seine grundsätzlichen Überlegungen zur Stellung der Alko-

holdirektion, zur Aufgabe des SBB-Verwaltungsrates, seine Aufwertung der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten durch einen neuen Sitzungsrythmus oder das Konsumkreditgesetz, das er als Kommissionspräsident selber völlig umgekrempelt und neu formuliert hat und das er gegen alle Widerstände auch von bürgerlicher Seite verteidigte. Wenn das Gesetz in der Schlussabstimmung doch Schiffbruch erlitt, an Max Affolter lag es nicht. Er hat seine ausserordentliche Fähigkeit zur Gesetzesredaktion oft, auch in Fragen des Mieterschutzes, bewiesen.

Eindrückliche Arbeitskapazität

Ein anderes Beispiel seines Einflusses: Max Affolter hat nur ein einziges Mal, früh in den achtziger Jahren, an einem Kongress der Interparlamentarischen Union (IPU) teilgenommen, es war in Kuba. Er hat von sich aus über die Erfahrungen eine eindruckliche, harte Abhandlung verfasst. Wenn die Schweizer Delegation in der IPU jetzt wesentlich dauerhafter und kompetenter zusammengesetzt ist, wenn sie besser vorbereitet wird und viel mehr Hilfe der Verwaltung genießt, so verdankt sie das dem kritischen Artikel von Max Affolter.

Dass das Parlament im Jubiläumsjahr 1991 nicht einfach sang- und klanglos vergessen bleibt, dass mindestens drei wesentliche Veranstaltungen im Bundeshaus durchgeführt werden, auch das ist hauptsächlich sein Verdienst.

Das Ansehen des Parlamentes und die bessere Stellung von uns Amateurpolitikern liegt ihm am Herzen: Wenn wir jetzt



Wer den neuen Ständeratspräsidenten, Max Affolter (FDP/So), näher kennt, merkt, welch ein lebenswürdiger, phantasievoller und sprachgewandter Mensch hier im politischen Getümmel ehrlich, geradeaus und unabhängig seinen Weg geht.

nicht nur alte Schreibmaschinen, sondern Computer und Telefax benutzen können, wenn wir in absehbarer Zeit über mehr Zimmer für stille Arbeiten im Parlamentsgebäude verfügen werden, so verdanken wir das seiner Zähigkeit, seiner Härte und seinem Willen. Die von ihm präsidierte Verwaltungskommission hat die von den Räten beschlossene Reorganisation der Parlamentsdienste gegen den Widerstand und das Beharrungsvermögen von Verwaltung und Bundesrat verwirklicht.

Ehrlich und unabhängig

Dass er sich damit nicht nur Freunde schuf, ist selbstverständlich. Wer ihn näher kennt, wer sich nicht vom oft etwas rüden Ton, von der harten Schale täuschen lässt, wer sich die Mühe nimmt, Max Affolters Wirken sachlich zu prüfen, der merkt, welch ein lebenswürdiger, phantasievoller und eloquenter Mensch hier in diesem politischen Getümmel ehrlich, geradeheraus, völlig unabhängig von Lob oder Tadel, seinen Weg geht.

Wer ihn kennt, ist nicht erstaunt, dass er die schwere Operation im Herbst 1989 überstanden und dass der

grosse Eingriff seinen Willen und seine Beharrlichkeit nicht geschwächt hat. Sein Lebenswille, sein Leistungswille, die Härte auch sich selber gegenüber und ein gütiges Schicksal liessen ihn wieder so weit gesund werden, dass er guten Mutes das Amt des Ständeratspräsidenten antreten kann. Der Ständerat wird mit der in diesem Rat üblichen Kollegialität dem Präsidenten beistehen, so gut wie es nur möglich ist, ihm die Leitung nicht erschweren und ihm mit Sympathie durch dieses Präsidialjahr hindurch begleiten.

An Max Affolter selber ist es, seine Belastung vernünftig so zu gestalten, dass nicht die überstandene Krise wieder ausbricht. Es ist für den Freisinn natürlich eine besondere Freude, dass 1991 Ulrich Bremi den Nationalrat und Max Affolter den Ständerat präsidierten. Die beiden sind ganz ungleich. Aber beide sind wirklich liberal, und das heisst immer noch, dass sie nicht meinen, ein für allemal die Wahrheit gefunden zu haben, sondern dass sie auf den Liberalismus bauen (wie er im europäischen Osten jetzt gesucht wird), der auf die persönliche Verantwortung, die Toleranz, das Gespräch und die Lernfähigkeit des Menschen vertraut. □

Kurzbiographie

Max Affolter

Zur Person: Bürger von Olten und Gerlafingen, verheiratet, erwachsene Kinder, Primar- und Kantonschule in Olten und Solothurn.

Alter: 67

Berufliche Stationen:

Rechtsstudium in Zürich, Paris und Michigan/USA, Doktorat, Erwerb des Fürsprech- und Notariatspatentes, Rechtskonsulent in der Privatwirtschaft. Seit 1961 eigenes Advokaturbüro in Olten.

Politischer Werdegang:

von 1961–1980 Kantonsrat, während vier Jahren freisinniger Fraktionschef und 1976 Ratspräsident, seit 1979 Ständerat.

Aus der Antrittsrede von Nationalratspräsident Ulrich Bremi

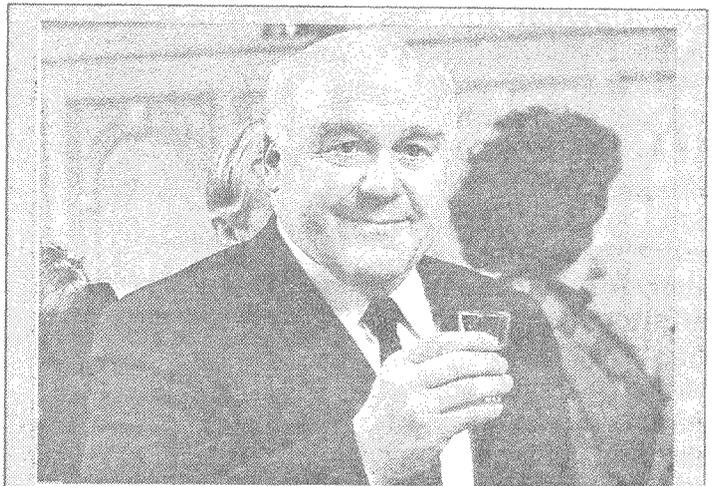
«Das schweizerische Parlament ist an einem Wendepunkt angelangt. Ich mude seinen Mitgliedern zu, an dieser siebenten Jahrhundertwende etwas wirklich zu wenden, sonst hätte der Begriff Jahrhundertwende keinen Sinn.

Das Milizsystem hat unser Land stark gemacht, weil es vielerlei Sachverstand und Temperamente in den öffentlichen Dienst brachte und noch bringt. Wenn sich aber zu unserer Milizstärke durch hoffnungslos gestresste Termin-

kalender und durch die Schrägdachromantik unserer parlamentarischer Arbeitsschichten der Dilettantismus gesellt, dann wird es Zeit zum Handeln.

Es geht aber bei weitem nicht nur um Hilfsmittel und Zeitnot. Es geht um die Rolle, die wir als oberste Landesbehörde zu spielen haben, unbesehen davon, woher wir politisch kommen und wohin

Fortsetzung auf Seite 15



Gründliche Sachkenntnis, Klarheit, Knappheit, Fairness zeichnen Ulrich Bremi (fdp, Zürich), Nationalratspräsident für das Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft, besonders aus. (Photo ruti)

Ulrich Bremi, Politiker und Unternehmer, höchster Schweizer

Nationalrat Ulrich Bremi ist der zwanzigste Nationalratspräsident in der Geschichte des Bundesstaates aus dem Kanton Zürich. Die hohe Ehre wurde dem Zürcher Alfred Escher dreimal zuteil. Von den 20 Zürcher Präsidentschaftswahlen entfielen 13 auf den Freisinn, vom rechten liberalen Flügel bis zu den Demokraten wie dem späteren Bundesrat Forrer. Ulrich Bremi gehört zu den in der Politik heute eher selten gewordenen Unternehmern der Wirtschaft wie einst die Escher, Bally, Sulzer.

Hermann Böschstein

Von Beruf Ingenieur, der seine Ausbildung in der Metallarbeiterschule Winterthur begann und dann an der ETH fortsetzte, war Ulrich Bremi stets in der Metall- und Maschinenindustrie tätig. So widmete er sich zuerst der technischen Entwicklung der Autoreifenfabrik Firestone in Pratteln, und anschliessend wurde er Delegierter des Verwaltungsrates der Bauer Holding AG, die sich mit der Fabrikation von Kassenschränken befasst. Während zwölf Jahren präsidierte der Praktiker die Gesellschaft für Hochschule und Forschung. Grosse Unternehmungen wie die Georg Fischer AG haben sich seine Mitverantwortung gesichert. Als Verwaltungsratspräsident der «Neuen

Zürcher Zeitung» war Bremi massgeblich an der grössten Investition in der mehr als zweihundertjährigen Geschichte des Zeitungsunternehmens beteiligt, das in Schlieren eine moderne Druckereianlage erstellte.

Klarheit

Bürger von Zürich, wohnhaft in Zollikon, wo Bremi zur Schule ging, wurde er mit 34 Jahren in den Kantonsrat gewählt, den er von 1973 bis 74 präsidierte. Ein Jahr später erfolgte seine Wahl in den Nationalrat. Ulrich Bremi gehört nicht zu den Vielrednern. Seine Voten zeichnen sich durch Klarheit, Knappheit und gründliche Sachkenntnis aus und gelegentlich durch träge Formulierungen. Bezeichnend dafür sind etwa seine Stellungnah-

men zum Radio- und Fernsehgesetz – wo er für einen echten Wettbewerb und gegen jedes Monopol unter Befürwortung einer starken SRG plädierte – und zur europäischen Integration, wo er ein Bekenntnis zur Zuversicht und zur initiativen Kraft der freien Wirtschaft auch ohne Beitritt zur EG vertritt.

Krise

In den vergangenen vier Jahren präsidierte Ulrich Bremi die freisinnig-demokratische Fraktion. Es waren die schwierigen Jahre der Krise, ausgelöst durch den Fall von Bundesrätin Kopp und die schwierige Ersatzwahl in den Bundesrat. Dass der volkreichste Kanton auf seinen traditionellen Sitz in der Landesregierung verzichten musste, fiel dem Zürcher nicht leicht, aber er trug mit Geschick und Loyalität zur Überwindung der Krise bei. Die Fraktion bekundete ihm ihr Vertrauen mit dem einmütigen Vorschlag zum Ratspräsidium.

Völlig unbegründet erwuchs Ulrich Bremi eine Gegnerschaft der linken und alternativen Gruppen. In mehr als einem Vierteljahrhundert parlamentarischer Tätigkeit hatte er aber erfahren, dass starke Persönlichkeiten derartige Anfeindungen auf sich nehmen müs-

sen. Ulrich Bremi wird seine Aufgabe als eidgenössischer Ratspräsident im Jubiläumsjahr 1991 mit Auszeichnung erfüllen. □

Kurzbiographie

Ulrich Bremi

Zur Person: Bürgerorte Zollikon und Zürich, verheiratet mit Anja Bremi-Forrer, zwei Töchter

Alter: 61

Berufliche Stationen: Mechanikerlehre an der Metallarbeiterschule in Winterthur. Aufnahmeprüfung an die ETH (1950). Maschinenbaustudium ETH (ohne Diplom). Praktika in Genf und Deutschland. Firestone AG, Pratteln, mit Auslandsaufenthalten. Unternehmensleiter der Bauer-Kaba-Gruppe, Zürich, Präsident des Verwaltungsrates der Georg Fischer AG, Schaffhausen, Präsident des Verwaltungsrates der AG für die Neue Zürcher Zeitung.

Politischer Werdegang: Mitglied des Zürcher Kantonsrates (1973/74 als Präsident). Mitglied des Nationalrates (1986–1989 als Präsident der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung). □

Die Arbeiten für das neue Parteiprogramm 1991 bis 1995 laufen auf vollen Touren. So ist es höchste Zeit für den Rückblick und einen kurzen Rechenschaftsbericht darüber, ob wir das erreicht haben, was wir uns 1987 unter dem Motto «Dazu stehen wir» vorgenommen hatten. Das ist hier nur in knappster Form möglich, und das breite Engagement von Partei und Fraktion zur Verwirklichung der eigenen Ziele lässt sich nur andeuten.



Ständerat Riccardo Jagmetti: «Offenheit gegenüber neuen Fragestellungen ist unerlässlich, freiheitliche Lösungen sind unsere Antwort und werden es bleiben.» (Photos ruti)

Vom Programm zur Wirklichkeit: Die Realisierung der Legislaturziele 1987–91

○ Ständerat Riccardo Jagmetti (ZH)

«Freie Menschen in einem Staat mit Zukunft»

schrieben wir 1987 als Titel und ahnten nicht, dass wir damit ein realisierbares Programm nicht nur für uns, sondern für die europäischen Staaten überhaupt formuliert hatten. Die grosse Öffnung zur Freiheit ist eingetreten. Noch sind die demokratischen Strukturen in Osteuropa nicht gefestigt, und die zu lösenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme sowie die Umweltaufgaben sind enorm. Aber der Blick nach vorn ist nach Jahrzehnten erstmals wieder für alle Europäer offen. Für unsern Beitrag zur Stärkung dieser Entwicklung suchen wir noch den Weg. Wir hatten ihn im Parteiprogramm nicht vorgezeichnet, aber die Aufgabe ist uns gestellt, wir haben sie zu lösen.

«Lebensqualität fördern – Umwelt schützen»

bezeichneten wir als ersten Schwerpunkt. FDP-Politiker haben sich früh der Aufgabe angenommen, und die Partei hat viel erreicht, was in der Öffentlichkeit zuwenig beachtet worden ist. Wegleitend waren dabei das Manifest zum Umweltschutz und nun neu das Liberale Manifest vom 23. Juni 1990, in welchem den ökologischen Anliegen ein hoher Stellenwert eingeräumt wird.

Bei programmatischen Erklärungen ist es nicht geblieben. Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung hat den Energieartikel der Verfassung aktiv mitgestaltet, so dass er am Schluss von Volk und Ständen mit eindrücklicher Mehrheit so angenommen worden ist, wie es die Fraktion angestrebt hatte. Wir wollen uns nicht brüsten, dürfen aber nüchtern feststellen, dass sowohl beim Gewässerschutzgesetz wie beim Energienutzungsbeschluss FDP-Parlamentarier entscheidend zur Lösung der Aufgabe und damit zum Schutz unserer Lebensgrundlagen beigetragen haben. Das geschah nicht aus Freude an möglichst vielen Bestimmungen und an der Ein-

engung der eigenen Entscheidungsfreiheit und Verantwortung, sondern als Antwort auf eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Bei richtiger Ausgestaltung wird die Selbstverantwortung nicht abgetötet, sondern im Gegenteil ermöglicht.

Nicht gelungen ist dagegen einstweilen die Revision des Raumplanungsgesetzes, wo das in den Expertenentwurf übernommene freisinnige Postulat der «Gestaltung des Raumes nach dem Mass des Menschen» in der Vernehmlassung wenig Echo fand und die Meinungen über die Abgrenzung von Baugebiet und Nichtbaugebiet mit der langfristigen Sicherung der Landwirtschaftsflächen einerseits und über die Erleichterung der Überbauung von eingezontem und erschlossenem Land andererseits in der allgemeinen Diskussion derart auseinandergingen, dass es einstweilen bei der bisherigen Ordnung bleibt.

«Herausforderung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung annehmen – Die Chancen nutzen»

war als zweiter Schwerpunkt nicht in erster Linie ein Ruf nach möglichst viel staatlicher Intervention, sondern Aufforderung zur Eigenleistung in Ausbildung, Forschung, Entwicklung und unternehmerischem Handeln. Je nach beruflicher Tätigkeit und Einbettung setzen die FDP-Parlamentarier in diesen Fragen die Gewichte etwas anders. Sie bringen damit die Vielfalt zum Ausdruck, die unsere Partei stets gekennzeichnet hat, ohne ihr einen amorphen Charakter zu geben. Die Sensibilität der nachrückenden Generation hatte Platz in der FDP-Politik und muss diesen Platz behalten. Den Dialog zwischen den Generationen hatten wir im Programm verlangt; wir haben ihn gepflegt, müssen ihn aber noch intensivieren, wie die Erfahrung zeigt.

Damit die Chancen neuer Entwicklungen genutzt werden können, hat das Gemeinwesen gute Voraussetzungen zu schaffen durch sein Bildungssystem, durch Beteiligung an nationalen und internationalen Forschungsprogrammen, für die sich die Fraktion eingesetzt hat, und durch den Freiraum

für die Strukturanpassungen der Wirtschaft. Die Freizügigkeit in Ausbildung und Berufstätigkeit gewinnt in Europa stark an Gewicht. Wir wollen daran teilhaben und damit besonders den jungen Schweizern den Weg zum Studium und zur Berufstätigkeit über die Landesgrenzen hinaus öffnen.

«Für Freiheit Verantwortung tragen – Geborgenheit schaffen»

war nach eingehenden Diskussionen 1987 als dritter Schwerpunkt bestimmt worden. Wir kennen den Wandel der Werte, der sich in der laufenden Legislatur verstärkt hat. Aus der Betonung der Gemeinschaft und des Gemeinsinns, wie ihn besonders die ältere Generation gelebt und gestaltet hat, hat sich das Schwergewicht verlagert zum Individuum und zur Selbstverwirklichung. Darin steckt ein Teil Liberalismus, aber nicht der ganze, denn Freiheit haben wir stets in Verantwortung für die Gemeinschaft verstanden. Unsere Richtung können wir nicht in einem Vorstoss oder in der Stellungnahme zu einer Vorlage abschliessend zum Ausdruck bringen. Aber wir lassen uns in der laufenden Arbeit davon leiten; das haben Partei und Fraktion getan.

Bei der Revision des Arbeitsvertrags- und des Mietrechts mag dem einen oder andern Parteimitglied die Haltung der FDP-Parlamentarier gar zu grosszügig erschienen haben; sie war aber geprägt von der Überzeugung, dass die FDP nicht nur die Partei einer bestimmten Gruppe ist, sondern die Gesamtverantwortung aus freiheitlicher Sicht wahrzunehmen hat. Aus der gleichen Grundhaltung heraus müssen wir Lösungen für neue – auch unangenehme – Fragen finden. Zum Drogenproblem war im Programm Aufklärung, Prävention, Spritzenabgabe und Weiterführung des Methadonprogramms empfohlen worden, was in Erinnerung gerufen sei. An den Fragen der Fortpflanzungsmedizin und der Biotechnologie haben wir die Arbeit in Partei, Fraktion und Bundesversammlung aufgenommen, aber noch nicht abgeschlossen. Wenn wir Missbräuchen entgegenzutreten wollen, wir doch die Selbstverant-

Die Schweiz an der Schwelle ihres 701. Jahres

steht vor grossen Herausforderungen. An dieser Aufgabe arbeitet unsere Partei massgebend mit. Der Weg war in dieser Legislatur nicht einfach. Die FDP hatte eine Krise zu bewältigen, die Personen hart getroffen und die Partei vor schwierige Probleme gestellt hat. Zwei Parlamentarische Untersuchungskommissionen prüften die Geschäftsführung von zwei Departementen. Die Verarbeitung ihrer Berichte war kein Höhepunkt nationalen Selbstwertgefühls und ist auch innerhalb der Partei unterschiedlich beurteilt worden. Aber sie war möglich in unserem demokratischen Rechtsstaat. Als Ergebnis haben wir die parlamentarische Kontrolle des öffentlichen Wirkens neu zu definieren. Es geht nicht um einen überbor-

denden «Legalismus» und erst recht nicht um die Streuung von Misstrauen; aber der Bürger will, dass seine Vertreter wissen, was geschieht. Zu einer offenen Gesellschaft gehört ein offener Staat. Wo Geheimhaltung nötig ist, muss die parlamentarische Aufsicht entsprechend umsichtig gestaltet sein; einfach fehlen darf sie nicht.

Diese Ereignisse haben uns nicht gehindert, aufbauend zu wirken, damit unser Land die Strukturen erhält, die den veränderten Gegebenheiten entsprechen. Für die Parlamentsreform und die Regierungsreform sind in beiden Räten durch Vertreter der FDP nicht nur Impulse gegeben, sondern konstruktive Vorschläge zur Diskussion gestellt worden, die nun in Kommissionen beraten werden. Wir hätten

darüber hinaus Vorschläge für die Weiterentwicklung der demokratischen Einrichtungen ins Programm eingebaut. Das Jubiläumsjahr wird Anlass zu entsprechenden Anträgen bieten, wobei wir mit einem weiten Weg und vielen Hindernissen rechnen müssen. – Aktuell ist die Gestaltung des Haushaltes durch die neue Finanzordnung, mit der die Handlungsfähigkeit des Bundes gesichert werden soll, ohne die Entfaltung der Wirtschaft zu blockieren und den Anreiz für individuelle Leistungen zu zerstören, denn wohin das führt, weiss nun die ganze Welt. Die FDP hat ihre Haltung zur Finanzordnung etwas anpassen müssen und sich zu einem neuen System der indirekten Steuern bekannt. □

wortung nicht einfach opfern, sondern erhalten und als – gar nicht einfache – Aufgabe des Individuums anerkennen.

Die internationale Entwicklung

fordert unser Land auf ganz neue Art. Dazu hatten wir im Programm 1987–91 viel zu zögernd Stellung genommen, wohl weil uns das Ergebnis der Uno-Abstimmung stark beeindruckt hatte. Die Antworten auf die EG-Frage mit zwei Postulaten, in denen «umsich-

tige Zusammenarbeit» und Stärkung der EFTA gegenüber der EG verlangt worden waren, sind total überholt. Hier sind wir «ausser Programm» gefordert – eine Aufgabe, die der FDP durchaus liegt.

Der europäische Einigungsprozess zwingt uns zu weiterreichenden Entscheiden als uns lieb ist, wobei zukunftsorientierte Lösungen gefragt sind, die unsere Institutionen nicht zerstören, während wir mit einer kurzfristigen Abwehrstrategie kurzsichtig handeln und unsere Position langfristig

schwer beeinträchtigen würden. Auch zur Neutralität hatten wir uns im Programm zu traditionell geäussert und waren dann beim gewaltsamen Übergang des Iraks zur Neu-besinnung gezwungen. Dass wir auf eine ganze Reihe von neuen Herausforderungen nur international wirksam antworten können, ob es nun die weltweite Migrationsbewegung oder das Klimaproblem ist, wissen wir heute noch besser als 1987. «Aus dem Schneckenhaus heraus!» muss die Devise lauten; die «Igel-Strategie» war einmal richtig, heute aber ist sie falsch. Dazu muss auch die Mitverantwortung des Parlaments in der Aussenpolitik neu definiert werden.

Die Schweiz darf sich 1991 zurückblickend über vieles freuen; sie muss aber vor allem nach vorn blicken und die grossen Aufgaben anpacken, die uns erwarten. Das Parteiprogramm beruht auf sorgfältiger Überlegung. Es kann aber, wie die Erfahrung zeigt, kein fertiger Plan für das Vorgehen sein. Offenheit gegenüber neuen Fragestellungen ist unerlässlich, freiheitliche Lösungen sind unsere Antwort und werden es bleiben. □



Ständerat Riccardo Jagmetti: «Das breite Engagement von Partei und Fraktion lässt sich nur andeuten.»

Leserbriefe

Rätoromanen benachteiligt

Wer von der SRG nach dem Gebührenerhöhungsentscheid ein reichhaltigeres Programmangebot erwartet hat, könnte enttäuscht werden. Vielmehr liest man Pressemeldungen über rigorose Sparmassnahmen und sogar über Personalabbau für die Jahre 91 und 92.

Die Mitarbeiter des Regionalstudios Graubünden haben mit einem Pressecommuniqué die Öffentlichkeit mit dem finanziellen Verteilschlüssel der SRG vertraut gemacht. Die Zahlen sprechen für sich, der Solidaritätsbeitrag der deutschsprachigen Schweiz ist sicher sehr nennenswert, aber die Mittelverteilung unter den drei Sprachminderheiten benachteiligt die vierte Landessprache in unverantwortbarer Weise.

Eine Sprache und Kultur, die ums Überleben kämpft, sollte über eine angemessene Präsenz in den elektronischen Medien verfügen können. Dies um so mehr, als die Überflutung der Rätoromanen mit Medienprodukten anderer Sprachen ständig zunimmt. Zudem hat das Radio bis heute bereits viel für die bessere Verständigung innerhalb der ver-

schiedenen Idiome beigetragen.

Sparmassnahmen bei der schwächsten Sprachgruppe unseres Landes sind sehr fraglich. Die Ostschweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (ORG) wehrt sich bereits seit einiger Zeit gegen die Streichung ihres zweiten Bündner Radiokorrespondenten.

Betroffen ist die regionale Information. Offenbar resigniert Radio DRS im regionalen Informationsbereich und überlässt in Zukunft diese wichtige Aufgabe anderen Medien. Bei den Printmedien versucht man nicht ohne Erfolg, eine Pressevielfalt aufrechtzuerhalten. Beim öffentlich-rechtlichen Radio laufen die Programmprioritäten auf eine Zentralisierung der Programmtätigkeiten in den drei grossen Studios von Bern, Basel und Zürich hinaus. Diese Vermutung bestätigen auch die Reaktionen der Trägerschaftsgesellschaften der Innerschweiz und der Kantone Aargau und Solothurn.

*Silvio Zuccolini
Pressechef FDP Graubünden,
Scharans*

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist denn auch Ihre Seite. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Beiträge im «Freisinn» werden gelesen, in der Verwaltung, von Politikern. Öfters schon hat sich via Parteilzeitung ein freisinniger Brief-

wechsel über die Kantons-
grenzen hinweg entwickelt.
Die Auflage beträgt immerhin
stolze 80 000! – Noch etwas.
Bemühen Sie sich, sich kurz
zu fassen. Sie kennen die
Bitte auf jeder Leserbrief-
seite.

**Ihre Briefe richten Sie
an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat,
Postfach
6136, 3001 Bern.** □

P26: eine verpasste Chance

Ich hatte mit grosser Genugtuung vernommen, dass es in unserem Land eine vierhundert Mann starke Gruppe gab, die bei einer Besetzung der Schweiz den Quislingen das Handwerk gelegt hätte. Dass diese P26 vom EMD finanziell unterstützt wurde, war selbstverständlich.

Als man beim ganzen PUK-Theater auf diese richtigerweise geheimgehaltene Gruppe stiess, durfte und musste erwartet werden, dass sich unsere freisinnigen National- und Ständeräte voll und ganz hinter diese Organisation stellen würden. Es wäre eine Gelegenheit gewesen, sich zu profilieren, wie man so gerne sagt. Ich bin sicher, dass die Mehrheit des Volkes dies begrüsst hätte.

Was aber geschah? Kaum einer der Parlamentarier verteidigte das Anliegen dieser Sicherheitsgruppe. Man hörte zu, wie sie als geheime Umsturzarmee betitelt und in den Dreck gezogen wurde. Schwätzerinnen und Schwätzer sprachen von einem Shock, den sie erlebt hätten. Und keiner hatte den Mut, dagegen klipp und klar zu antworten. Wo blieben mutige freisinnige Worte?

Sind unsere Parlamentarier so weit weg vom Volk? Eine grosse Chance wurde verpasst.

*Jf. Stöckli-Schiesser, Glarus,
alt Kantonalpräsident*

Veranstaltung

Voranzeige

Ortspartei- präsidenten- Konferenz

**Samstag,
12. Januar 1991 in
Interlaken (Kursaal)**

Als Auftakt zum eidgenössischen Wahljahr 1991 lädt die schweizerische FDP zu einer Ortsparteiprääsidenten-Konferenz ein. Mit Referaten und in Gruppenarbeiten bereiten wir uns auf die Wahlkampagne vor. Die Tagung dauert von 10.00 bis 16.00 Uhr. Reservieren Sie sich dieses Datum! □

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

Agenda 1991

Die bewährte, handliche FDP-Agenda mit dem soliden Lederportefeuille (bordeaux) steht Ihnen auch dieses Jahr wieder zur Verfügung. Tragen Sie jetzt schon Ihre Termine für das kommende Jubiläums- und Wahljahr ein!

Bitte senden Sie mir

... Ex. Lederportefeuille mit FDP-Agenda 1991 (bordeaux) à Fr. 44.–

Name _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort _____

Datum: _____

Unterschrift _____

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Frau und Militär

Rund hundert Militärwissenschaftler und Armeeingehörige aus Westeuropa, Israel und Übersee diskutierten an einem im Ausbildungszentrum «Wolfsberg», Ermatingen, durchgeführten Symposium die Rolle der Frau in den Streitkräften vor 1900, im 20. Jahrhundert sowie insbesondere ihre Integration in die Armeen heute.

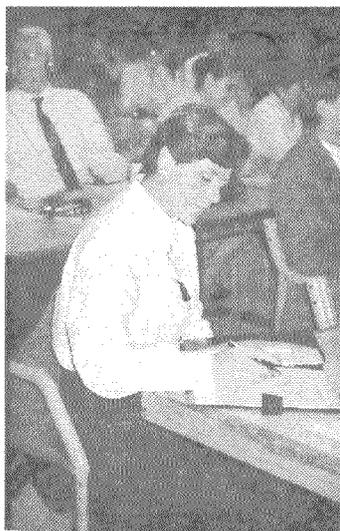
◊ Margrit Annen-Ruf

Am Beginn des Symposiums stand ein historischer Rückblick, der eine Zeitspanne von mehr als 3000 Jahren umfasste. Verschiedene Beispiele aus der Geschichte Israels, der Schweiz und Englands zeigten, dass – wie der israelische Militärgeschichtler Jehuda L. Wallach sagte – Frauen zu allen Zeiten und überall auf der Welt in das «männlichste Handwerk» – den Krieg – verwickelt waren.

20. Jahrhundert

Abgesehen von einigen Ausnahmen – etwa das 1917 in Petrograd; dem heutigen Leningrad; ins Leben gerufene erste Frauenbataillon in Russland, die bewaffneten Frauen in der Roten Garde in Finnland (1918) oder Kanada, wo Frauen im Militär eine lange Tradition haben – beschränkte sich im späten 19. und zu Beginn unseres Jahrhunderts die Rolle der Frauen in den Armeen auf die der «barmherzigen Schwester».

Während des Ersten und vor allem des Zweiten Weltkrieges



MFD-Chefin Brigadier Eugénie Pollak Iselin als aufmerksame Teilnehmerin. Fotos Margrit Annen-Ruf

verloren die Rollennormen jedoch an Bedeutung. Frauen übten in den Armeen die verschiedensten Funktionen aus, insbesondere in Spitälern, in der Luftüberwachung, der Übermittlung sowie in Stabstellen. Vom Kampfgeschehen waren sie jedoch meistens ausgeschlossen.

Gleichstellung

Während das Kriegsende die Demobilisation der Frauen brachte und Soldatinnen vorerst kein Thema waren, gewann die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau auch für die Armee an Bedeutung. Heute ist in den skandinavischen Ländern die schrittweise erkämpfte Gleichberechtigung in der Armee laut der schwedischen Politologin Leutnant Anne Nilsson zumindest de iure verwirklicht. In der Öffentlichkeit sei die Haltung gegenüber Soldatinnen aber entweder positiv oder negativ.

Israel

Anders als in den Ländern, die nicht unmittelbar bedroht sind, war Israel seit seiner Gründung 1948 in sechs Kriege verwickelt, und es ist weiterhin unmittelbar von Krieg bedroht. In der israelischen Armee stehe, so Hedva Almog, Chefin des israelischen Frauenkorps, deshalb nicht die Frage nach der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Armee beziehungsweise die Zulassung der Frau zum Gefecht im Vordergrund, sondern die Frage: Wie diene ich meinem Land am besten?

So sind israelische Frauen grundsätzlich wehrpflichtig, von Kampfhandlungen sind sie jedoch ausgeschlossen. Dies unter anderem deshalb, weil für israelische Frauen eine Gefangenschaft in Ländern mit einer völlig anderen Mentalität (geringer Stellenwert der Frau) unvorstellbar sei.

In Israel stehe die Armee bei den Frauen in hohem An-

sehen, obwohl männliche Offiziere weiblichen vorgezogen würden (etwa wegen Mutterschaft, kürzerer Dienstzeit der Frauen). Im Gegensatz zu anderen Armeen nimmt die israelische Armee indessen auch nichtmilitärische Aufgaben zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards etwa in der Erziehung, in Spitälern, in Grenzgebieten wahr. Aufgaben für die sich Frauen erfahrungsgemäss besonders gut eignen.

Qualitatives Bedürfnis

Die frühere MFD-Chefin und Initiantin des Symposiums, Brigadier Johanna Hurni, wies primär auf die Organisation des schweizerischen Milizheeres hin. Die rigorose Handhabung der Wehrpflicht der Männer führe zu recht hohen Mannschaftsbeständen in der Armee. Sie sei deshalb im quantitativen Sinn nicht auf die Mitwirkung der Frauen ausgerichtet. Ihre Anteilnahme entspreche jedoch einem qualitativen Bedürfnis.

Als entscheidend für den Umgang mit den Soldatinnen



Frühere MFD-Chefin Brigadier Johanna Hurni: «MFD-Frauen erhalten von der Gesellschaft wenig Anerkennung.»

nannte Johanna Hurni das Frauenbild, das die Männer, vor allem die männlichen Kader, vom Zivilleben in den Militärdienst mitnehmen. Von den Frauen, und insbesondere den weiblichen Kadern, werde praktisch immer ein Leistungsausweis verlangt, bevor sie anerkannt würden (analog dem Zivilleben). Ausserdem sei eine gewisse Konkurrenzangst zu beobachten, und es falle Männern oft schwer, Frauen als Vorgesetzte zu akzeptieren. Hingegen verändere schon die blosse Anwesenheit von Frauen den allgemeinen Umgangston positiv, was von den meisten Männern geschätzt werde. □

Veranstaltung

FDP Cham

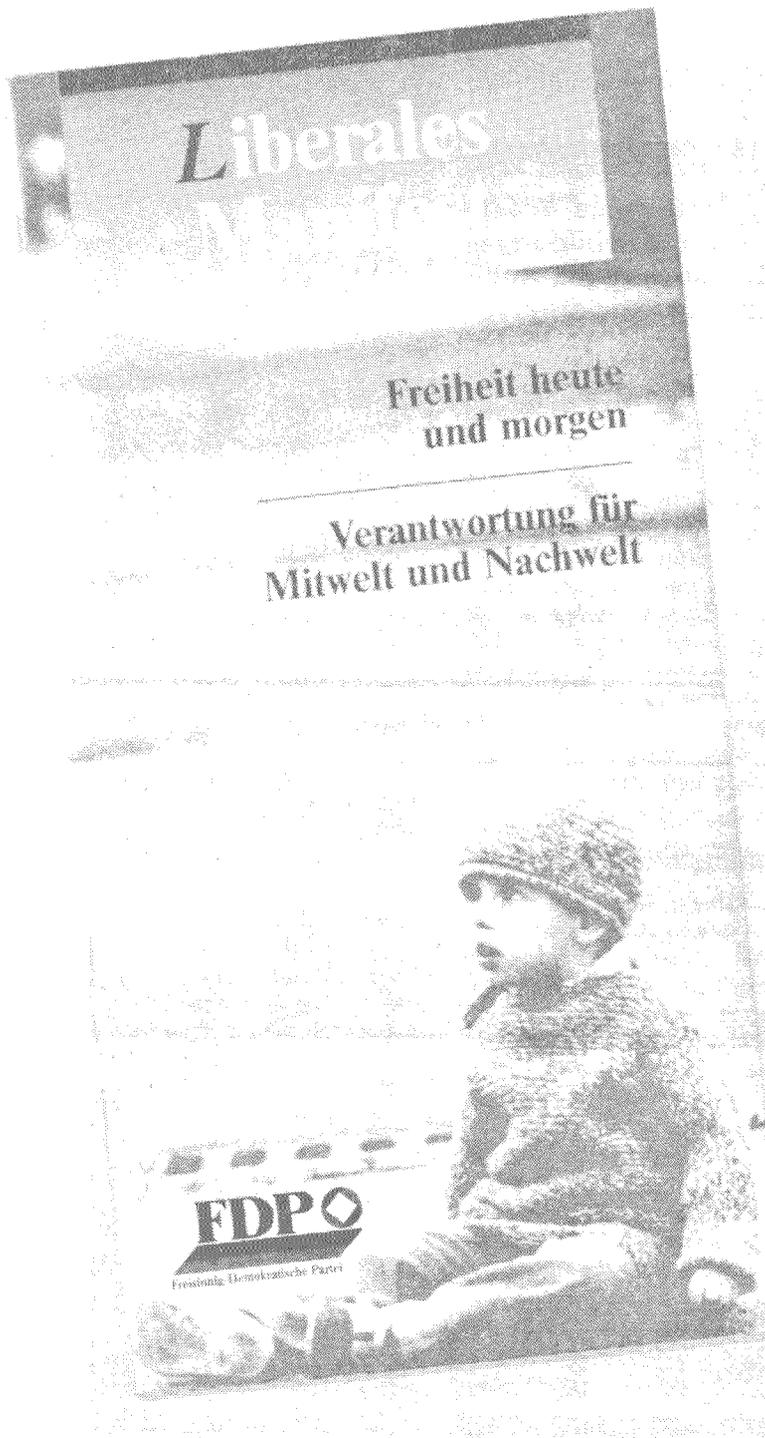
Frauen und Politik – 20 Jahre nach der Abstimmung

Mittwoch, 30. Januar 1991, in Cham (Pfarreiheim)

Am 7. Februar 1991 ist es soweit: Das Frauenstimmrecht jährt sich zum zwanzigstenmal. Dieses Jubiläum nahm die FDP Cham zum Anlass, unter dem Motto «Frauen und Politik – 20 Jahre nach der Abstimmung» eine Abendveranstaltung zu organisieren. Neben dem Einführungsreferat von Nationalrätin Lili Nabholz wird ein Podi-

umsgespräch mit nachfolgender Plenumsdiskussion das Thema «Erfahrungen in der Politik» ausleuchten. Die Veranstaltung dauert von 20.00 bis ca. 22.00 Uhr.

Im Hinblick auf das brisante frauenpolitische Thema der «Quotenregelung» dürfte dieser Abend nicht nur Frauen ansprechen. □



Worum ein Manifest?

Mit dem Liberalen Manifest wollen wir Freisinnigen zum Ausdruck bringen, was wir unter liberaler Politik heute und morgen verstehen.

In den Zielsetzungen 87/91 hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz auf der Grundlage der «Rigi-Thesen» von 1981 folgende Grundsätze festgehalten: Freiheit und Verantwortung, Gleichheit und Vielfalt, Offenheit, Toleranz und Solidarität. Diese Orientierungspunkte werden auch in Zukunft für uns bestimmend sein.

Die Freiheit aktualisiert sich immer wieder im Spannungsfeld neuer Herausforderungen, Chancen und Risiken. Unsere Zeit ist durch rasante Änderungen auf vielen Lebensgebieten, durch den Wandel vieler Werte und durch eine zunehmende Vernetzung vieler Probleme gekennzeichnet.

Im Liberalen Manifest sollen Wertmassstäbe und wegleitende Prinzipien entwickelt werden, auf die wir unser Denken und Handeln ausrichten. Sie sollen es gestatten, den Herausforderungen unserer Zeit in liberaler Gesinnung zu begegnen. Sie bilden die Grundlage für die dauernde Prüfung der Wertverträglichkeit praktischer liberaler Politik.

..... Bestelltalon ✂

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Ein Exemplar der Broschüre «Liberales Manifest» erhalten Sie gratis. Bei einer Bestellung von mehreren Exemplaren kostet das «Liberales Manifest» Fr. 1.-.

Bestelltalon bitte einsenden an Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.

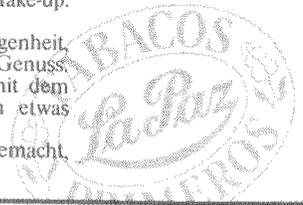
Die wilde Glut der Tropen. Von La Paz.



Temperamentvolle Kostbarkeiten aus sonnigen Plantagen. Von Rauheit und Reinheit der Natur zugleich. Und doch harmonisch mild. Das sind die im Aroma leicht süsslichen Wilden Cigarillos Brazil Type von La Paz. Aus echten Brasil-Tabaken, umhüllt mit einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia. Und dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. So, wie die Natur sie geschaffen hat. Ohne Make-up. Und darum gut.

Klein genug für jede Gelegenheit, gross genug für wirklichen Genuss. Wilde Cigarillos Brazil Type mit dem Siegel von La Paz sind eben etwas Besonderes.

Sie werden für Geniesser gemacht, die den Unterschied erkennen.



Cigarras Autenticas.

Fortsetzung von Seite 9

wir politisch gehen. Was ist diese Rolle?

● Wir sind vorerst die Seismographen, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen, Veränderungen und Verwerfungen aufspüren müssen. Wir haben unsere politische Sensibilität wirken zu lassen, indem wir hier rechtzeitig zur Sprache bringen, was unsere Gesellschaft bewegt, was sie in Zukunft bewegen wird. Wir haben die Pflicht zur Vorausschau.

● Wir haben ebenso die Pflicht, diese Entwicklungen zu beurteilen, zu werten und Meinungen zu bilden. Dadurch entstehen Konflikte. Wir dürfen solche Konflikte nicht verdrängen, wir müssen uns ganz bewusst darauf einlassen.

● Wir sind schliesslich aufgerufen, die so gefassten Absichten rechtzeitig in die Wirklichkeit umzusetzen: in politisches Handeln.

Provozieren wir einen Qualitätssprung in unsere Arbeit, indem wir ein freiwilliges Berufsparlament schaffen. Für bestimmte Funktionen brauchen wir dringend Professionalität auf unserer höchsten politischen Führungsstufe. Für viele Funktionen sind wir andererseits auf die Erfahrung und das Wissen von Berufsleuten aus allen Schichten angewiesen. Die Milizstärke des Parlamen-

tes erhalten wir uns nur mit der Option auf vollberufliche politische Arbeit und Wirkung. Das Nebeneinander von Miliz und Vollamt haben viele Kantone und Institutionen längst erfolgreich vorgelebt.

Schaffen wir uns zweitens, eine ganz normale, moderne Infrastruktur, wie sie an schweizerischen Arbeitsplätzen längst eingeführt ist. Dazu gehören personelle Assistenz für Parlamentarier. Dazu gehören Räume und Apparate. Uns ist ein Parlamentsgebäude hierfür gegeben, es gehört uns. Wir müssen es nutzen.

Geben wir unseren parlamentarischen Kommissionen mehr Vertrauen und mehr Kompetenz. Konzentrieren wir unsere Plenardiskussionen auf wirklich Entscheidendes und nicht auf persönlich Interessantes. Führen wir die politische und hoffentlich manchmal sogar die philosophische Diskussion in diesem Saal. Verweisen wir die juristischen Details in die Kommissionen.

Ein so billiges Parlament, wie wir es heute haben, können wir uns nicht mehr leisten. Es kommt der Schweiz und ihrer Zukunft zu teuer.

Zeigen wir, dass wir ein starkes Parlament sein wollen. Wir bestehen darauf, die oberste Kontrollinstanz der Demokratie zu sein. Wir sind in den letzten Jahren auf Tatbestände gestossen, die wir staunend und auch erschreckend zur Kenntnis genommen haben. Von welchem politischen Lager wir auch kommen, es muss unser Wille sein, die parlamentarische Kontrolle uneingeschränkt zur Wirkung zu bringen. An uns vorbei darf nichts Entscheidendes mehr geschehen.

Wir wollen zeigen, dass unsere Demokratie der Kritik bedarf. Dass sie Kritik erträgt. Dass sie Konsequenzen zieht. Dass die Demokratie nicht verkrustete Struktur ist. Dass sie lebendige Hoffnung ist. □

Veranstaltungen

Terminkalender 1991

Januar

- 12. Ortsparteipräsidenten-Konferenz in Interlaken
- 21.–25. Sondersession
- 25. Geschäftsleitung, Delegiertenrat
- 26. a. o. Delegiertenversammlung

Februar

- 7./8. 700-Jahr-Feier, Frauensession

März

- 4.–22. Session
- 3. Eidgenössische Volksabstimmung
- 14. Geschäftsleitung, Delegiertenrat

April

- 26. Sekretärenkonferenz CH
- 26./27. Geschäftsleitung, Delegiertenrat ord. Delegiertenversammlung/Parteitag in Freiburg

Mai

- 2./3. Jubiläumssitzung Bundesversammlung
- 24. Frauentagung 91 in Interlaken (SVFF)

Juni

- 3.–21. Session
- 2. Eidgenössische Volksabstimmung
- 21. Geschäftsleitung, Delegiertenrat
- 27./28. Sekretärenkonferenz CH
- 28./29. Kandidaten-Seminar I

August

- 23. Sekretärenkonferenz CH, Geschäftsleitung, Delegiertenrat
- 24. Wahlkundgebung
- 30./31. Kandidaten-Seminar II

September

- 16. 9.–4. 10. Session
- 25. 700-Jahr-Feier, Jugendsitzung
- 6./7. Europatag in Sils-Maria
- 4.–8. Kongress der Liberalen Internationale (LI) in Luzern

Oktober

- 16. 9.–4. 10. Session
- 19./20. Eidgenössische Wahlen
- 31. Sekretärenkonferenz CH

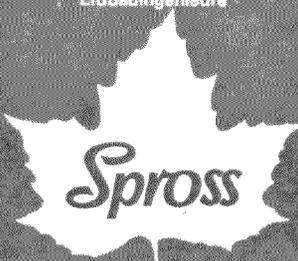
November

- 25. 11.–13. 12. Session
- 8. Geschäftsleitung, Delegiertenrat
- 9. a. o. Delegiertenversammlung

Dezember

- 25. 11.–13. 12. Session
- 8. 12. Eidgenössische Volksabstimmung

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure



Spross

Wir planen, bauen, anordnen
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

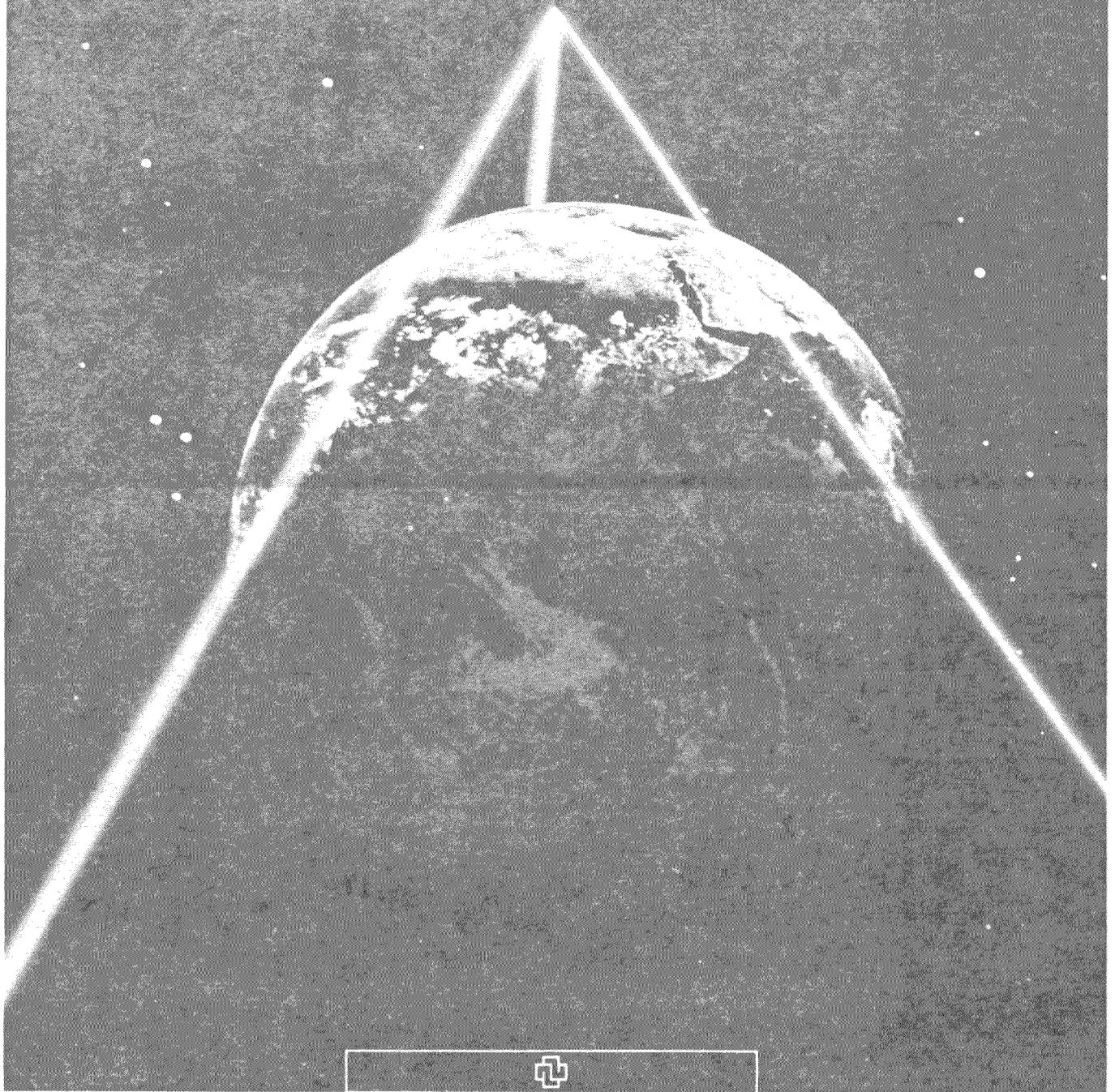
Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



Ihr Ferienverbesserer



Unser Finanzplatz ist die
ganze Welt.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

Weder Ort noch Zeit sollen für die Abwicklung Ihrer Bankgeschäfte eine Rolle spielen. Deshalb sind wir auf allen wichtigen Finanz-

plätzen der Welt rund um die Uhr vertreten. So können Sie uns in der Schweiz zu jeder Tages- und Nachtzeit Aufträge erteilen, zum Beispiel Devisen in Tokio oder New York zu kaufen. Was auch immer Sie an Geschäften tätigen wollen, wir sind für Sie da. Jederzeit, kompetent und freundlich, überall auf der Welt.

SKA - die Bank mit Perspektiven.



Gravierende Versorgungskrise in der Sowjetunion: Hilfe tut not!

(Photo Keystone)

Versorgungskatastrophe in der UdSSR

Dass es in der Sowjetunion um die Versorgung mit Konsumgütern von jeher übel bestellt ist, ist zur Genüge bekannt. Bilder mit meterlangen Warteschlangen vor Geschäften und die nur zu oft leeren Regale der staatlichen Läden sind Zeugen für die Misswirtschaft «Made in USSR». Hilfe tut daher dringend not!

ES. Kaum war die Versorgungskatastrophe dermassen gravierend wie diesen Winter. Der Segen einer Getreide- rekordernte konnte aus bekannten Gründen nicht umge-

setzt werden. Dazu kommt, dass vermutlich die Agrarrepubliken des Vielvölkerstaates die Städte teilweise mit Zulieferungen von lebensnotwendigen Gütern regelrecht zu boykottieren scheinen. Misswirtschaft, Korruption und Schwarzhandel gedeihen wie bisher, sind jedoch drastisch spürbarer geworden.

Hilfe tut not! Da und dort laufen Hilfsaktionen an. Der freisinnige Tessiner Nationalrat Sergio Salvioni hat eine Paketaktion angeregt, eine Idee, welche auf fruchtbaren Boden fiel: Die Schweizer Botschaft in Moskau vermittelte bisher eine Liste mit 2000 sehr bedürftigen Familien der Städte Moskau und Leningrad. Das Warenhaus Loeb hat sein Mitmachen bei der Paketaktion bereits zugesagt. Migros und Coop werden wohl mitziehen.

Vielleicht weniger persönlich, jedoch nicht minder effektiv kann der notleidenden Sowjetbevölkerung mittels Spendenbeiträgen an die schweizerischen Hilfswerke geholfen werden.

Jede Unterstützungskampagne verliert wesentlich an ihrem Nutzen, wenn sie nicht gezielt eingesetzt wird. So hat es verständlicherweise keinen

Sinn, tonnenweise Güter in die Sowjetunion abzuschicken, wo sie dann irgendwo liegenbleiben und womöglich verderben. Am Beispiel des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) zeigt sich, dass zum Gelingen der Hilfeaktion erst das Sondieren nach den dringendsten Bedürfnissen nötig ist. So hat das SRK zu Beginn der zweiten Adventswoche eine erste 30-Tonnen-Sendung in die Sowjetunion geschickt. In Zusammenarbeit mit dem Russischen Roten Kreuz werden die benötigten Güter verteilt und eingesetzt.

Im Schatten des akuten Missstandes in der Sowjetunion stehen die anderen Ostblockstaaten, denen es zum Teil nicht besser geht. Allen voran Bulgarien, deren Zivilbevölkerung einem harten Winter entgegensieht. So hat, wie Rückfragen ergaben, das SRK beschlossen, das Spendenkonto «Osteuropa» für Unterstützungen der bulgarischen Zivilbevölkerung auszuweiten.

Jeder Beitrag, egal in welcher Form, hilft, die akute Versorgungsnot der russischen Zivilbevölkerung zu lindern. Im Sinne er Menschlichkeit, der Sorge um unsere europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist auch dieser von uns Freisinnigen ausgehende Aufruf zu verstehen. □

Interpellation der FDP-Fraktion

Auch die Schweiz ist aufgerufen, an die Bevölkerung Osteuropas und der Sowjetunion Nahrungsmittelhilfe zu leisten. Zu diesem Schluss ist die FDP-Fraktion gelangt, die dazu eine entsprechende dringliche Interpellation eingereicht hat.

Nach Auffassung der Fraktion stellt weniger das Aufbringen der notwendigen Hilfsgüter und finanziellen Mittel Probleme, sondern vielmehr der Transport in die notleidenden Gebiete und die Verteilung an Ort und Stelle. Es gilt deshalb, bürokratische Schwerfälligkeiten, komplizierte Zollformalitäten und andere Hindernisse, die eine rasche und wirkungsvolle Hilfe erschweren können, zu beseitigen.

Die freisinnigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier regen deshalb an, Verhandlungen mit den betroffenen Ländern zu führen, um die Effizienz der Hilfe zu gewährleisten sowie die Schweizer Hilfe mit den Hilfeleistungen anderer westlicher Länder zu koordinieren. Auch soll der Bund Aktionen privater Hilfsorganisationen unterstützen. □

Spendenkonti der schweizerischen Hilfswerke:
Kennwort «Hilfe UdSSR/
Osteuropa»

Caritas Schweiz, Luzern
PC 60-7000-4

Heks, Zürich
PC 80-1115-1

SRK, Bern
PC 30-4200-3

Glückskette, Lausanne
PC 10-15000-6



Fleissige Parlamentarier

Eine Schätzfrage: Wie viele parlamentarische Vorstösse haben die eidgenössischen Räte dieses Jahr eingereicht? Ein Tip: 1984 hatte der Bundesrat 540 parlamentarische Vorstösse beantwortet. 1985 waren es 553, 1986 702, im Wahljahr 1987 541, 1988 675, letztes Jahr 535.

Die Frage lässt sich zwar noch nicht eindeutig beantworten, da die Zahlen für die Wintersession noch fehlen. Eines ist jedoch gewiss, die Mitglieder der eidgenössischen Räte sind aktiver denn je. In den drei Sessionsen dieses Jahres haben sie den Bundesrat mit insgesamt 773 parlamentarischen Vorstössen eingedeckt und damit den bisherigen Jahresrekord von 1986 mit 702 Vorstössen bereits gebrochen. Der Bundesrat hat von diesen Zahlen natürlich auch Kenntnis genommen, nicht ohne festzustellen, «dass die ständige Zunahme der parlamentarischen Vorstösse weder einen Beitrag zur Entlastung des Bundesrates noch des Parlamentes darstellt».

Antwort

Mutzli

Dass der «Tages-Anzeiger» politisch und ideologisch seine eigenen Wege geht, ist nicht neu. Dass er im Zusammenhang mit den Bauernprotesten gegen die Politik des Gatt von «Kuhglocken und anderen Lärminstrumenten» schreibt, ist darum durchaus symptomatisch.

«Was ist der Unterschied zwischen einem Parlamentarier und einem Staatssekretär?» fragte der Baslerbieter Freisinnige Felix Auer vor dem Hintergrund des bundesrätlichen Ruffels an Staatssekretär Jacobi. «Ein Parlamentarier darf alles sagen, auch wenn alles un wahr ist; ein Staatssekretär hingegen darf nicht alles sagen, auch wenn alles wahr ist...»

Südkorea hat in Sachen Landwirtschaftspolitik eine Resolution an unser Parlament gerichtet. Meinte Karl Weber (FDP/SZ): «Diese Resolution sollten wir dem Bauernverband nach Brugg weiterleiten zur direkten Erledigung...»

Als «lahme Ente mit gestutzten Flügeln» bezeichnete Georges Eggenberger (SP/BE) die bisherige Lohnpolitik des Bundesrates.

«Ein so billiges Parlament, wie wir es heute haben, können wir uns in der Zukunft gar nicht mehr leisten», meinte der neue Ratspräsident Ulrich Bremi (FDP/ZH) mit Blick auf das Erfordernis vermehrter Professionalität.

«Herr Bodenmann, Ihnen ging der Ruf aus dem Wallis voraus, Sie seien sehr intelligent», meinte Felix Auer (FDP/BL), um sogleich beizufügen: «Sie sollten diesen Ruf nicht in Frage stellen.»

Überraschenden Zulauf aus CVP-Kreisen können die Freisinnigen verzeichnen... sofern gewisse Medien recht hätten. Die «Schweizer Illustrierte» überreichte die wöchentliche Rose an den Innerrhoder Ständerat Carlo Schmid, «einen Freisinnigen der unabhängigen Sorte». Wie wenn die Innerrhoder schon

einmal einen Freisinnigen nach Bern abgeordnet hätten. Und der «Bund» berichtete zum Thema Verwaltungsratssitze, dass «der freisinnige Zuger Markus Kündig» auf 24 Mandate komme. Ausgerechnet Kündig als Freisinniger, wo doch die FDP des Kantons Zug soeben beschlossen hat, den CVP-Politiker im zweiten Wahlgang nicht zu unterstützen.

Schwierigkeiten mit den Köpfen und Parteien hatte aber auch das Monatsmagazin «Politik und Wirtschaft», das – wieder einmal – Noten verteilte, und zwar an die Fraktions- und Parteiprääsidenten. Pech für PuW nur, dass im entsprechenden Bild nicht der schlechtbenotete SVP-Fraktionspräsident Theo Fischer (AG) gezeigt worden ist, sondern der gleichnamige Luzerner CVP-Nationalrat.

Wissen Sie, wie der Bundesrat neuerdings heisst? «PUK-ingham-Palast», definierte EMD-Chef Kaspar Villiger in Zollikon.

Überraschendes Zusammenrücken der Sozialpartner im Nationalrat: In einem Sesseltausch rückte (Noch-)Gewerkschaftsboss Fritz Reimann an den Platz des zurückgetretenen Prof. Heinrich Ott (SP/BS). Dort hat er nun seinen langjährigen Gegenpart Heinz Alenspach (FDP/ZH) vom Arbeitgeber-Verband zum direkten Nachbarn. «Wir machen nun gemeinsame Sache», meinten die beiden neugebackenen Nachbarn. Das wusste man schon lange, sinnierten verschiedene Betrachter. Überraschend sei eigentlich nur die Visualisierung.

Der eidgenössische Finanzminister und der ehemalige Berner Finanzkontrolleur gerieten sich verschiedentlich in die Haare. Bundesrat Stich zu Nationalrat Rudolf Hafner: «Sie interpretieren mich wieder völlig falsch. Ich habe gerade nicht gesagt, wir sollten das Herz sprechen lassen, sondern – Herr Hafner – den Verstand!» – «Es ist sehr schwierig zu wissen, was Sie eigentlich wollen», kanzelte der Finanzminister den in der Budgetdebatte aufsässigen Parlamentarier später ab. □



ARBEITSGRUPPE SCHOCH: ARMEE SOLL ALTE ZÖPFE ABSCHNEIDEN!

Sturmschäden in Zug

Wahlen sind einem Naturereignis vergleichbar, einem Sturm, der über ein Land hereinbricht. Wie der Föhn die Bäume erfasst und schüttelt, so werden die Politiker angepackt. Diesem Sturm waren die Zuger Politiker ausgesetzt. Die Ergebnisse sind bekannt. Es kam, um im Bild zu bleiben, zu Sturmschäden bei den bürgerlichen Parteien.

Ständerat Andreas Iten (ZG)

Deutungsversuche wurden zahlreiche gemacht. Je nach Standort fielen die Kommentare anders aus. Sie reichten von der Bagatellisierung der Ergebnisse bis zur dramatischen Umsturzvision. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen.

Auffallend ist, dass sehr viele junge Kantonsrätinnen und Kantonsräte gewählt wurden. Die Regierung setzt sich ebenfalls aus jungen Leuten zusammen. Zeichnet sich damit ein Generationenwechsel ab, und was könnte der Grund dafür sein?

Er wird wohl im sogenannten Wertewandel zu suchen sein. Neue Werte und neue Wertsetzungen gewinnen an Boden. Die Wirtschaft muss zur Kenntnis nehmen, dass ihr Ziele und Grenzen gesetzt sind, die nicht wirtschaftlich zu begründen sind. Sie muss aus dem linearen Denken der rein ökonomischen Zielvorgaben ausbrechen und sich neuen Horizonten zuwenden. Sie muss ihr Tun und Lassen einbetten in Gesamtzusammenhänge, ohne etwa die dafür geforderte wirtschaftliche und wissenschaftliche Kompetenz zu verleugnen.

Die Zuger Wahlen mit ihrem Generationenwechsel machen bewusst, dass zwar die Argumente und Antworten der älteren Generationen nicht widerlegt sind, dass sie aber als unwichtig erachtet werden. Der Hinweis, es gehe allen gut, alle nützten den Wohlstand egoistisch aus und profitierten vom zugerischen Wirtschaftswunder, wird zwar zur Kenntnis genommen, als Antwort auf die anstehenden Probleme aber überhört.

Jede stürmische Entwicklung schafft Gewinner und Verlierer. Das ist im Kanton Zug nicht anders. Die Wahlen aber

zeigen, dass diejenigen, die sich als Verlierer der grossen Dynamik sehen, zunehmen. In dieser Situation muss die Politik sich auf ihre Aufgabe und Funktion besinnen, die darin besteht, ein Gleichgewicht zu schaffen.

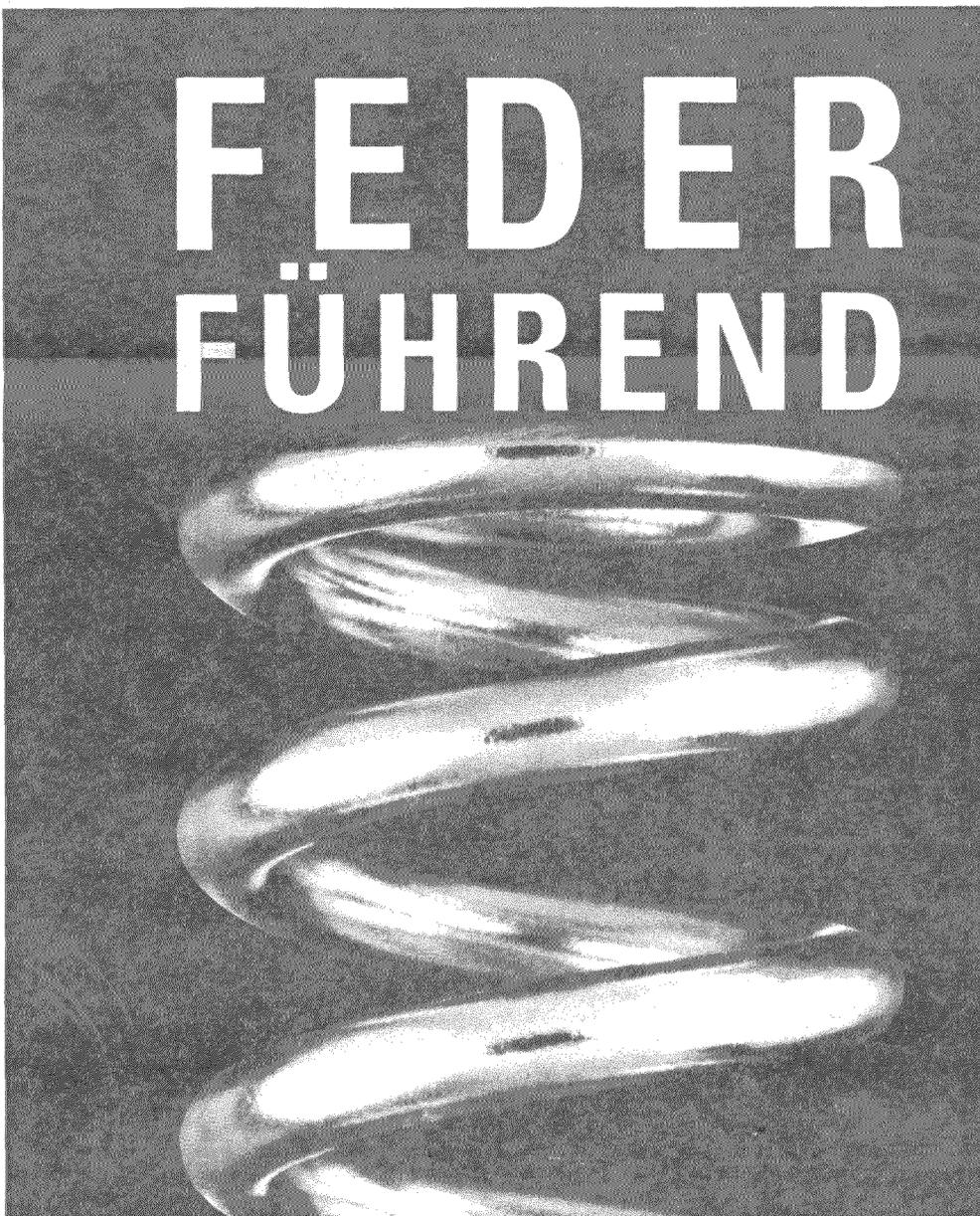
Oft herrscht Unklarheit über die Funktion der Politik. Kaum eine Diskussion klärt sie. Eine der zentralen Funktionen des Staates besteht darin, den Ausgleich zwischen Gewinnern und Verlierern herzustellen. Das ist um der sozialen

Gerechtigkeit willen die erste Aufgabe des Staates.

Wollen wir die Funktion des Staates noch etwas genereller fassen, so besteht sie im Herstellen des Gleichgewichtes. Nach diesem Modell muss zwischen den verschiedenen Zielen der Gesellschaft durch Lenkung vermittelt werden; zwischen den Nutz- und Schutzzielen, aber auch zwischen Mensch und Natur, zwischen Verlierern und Gewinnern.

Nur wo dies gelingt, entsteht das Gefühl der Freiheit, die die Grundlage der bürgerlichen Politik ist. □

FEDER FÜHREND



BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik, CH-8630 Rütli
Tel. 055/848 111
Telex 875 606, Fax 055/848 511